

EWIV/EEIG/GEIE eJOURNAL

Rechtliche, steuerliche und betriebswirtschaftliche Aspekte der
Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung

*Law, Taxation and Management of
European Economic Interest Groupings*

*Aspects juridiques, fiscaux et de gestion des
groupements européens d'intérêt économique*

N° 5 – März/March/Mars 2005

ISSN 1616-3648

Herausgegeben vom Europäischen EWIV-Informationszentrum / Published by European EEIG
Information Centre / Publié par le Centre européen d'information G.E.I.E.

Redaktion / Editor / Editeur: Hans-Jürgen Zahorka, Assessor jur.

Erscheinungsweise: unregelmäßig / Appearance: irregularly / Apparition: irrégulièrement

LIBERTAS – Europäisches Institut GmbH (LIBERTAS Verlag),

Vaihinger Str. 24, D-71063 Sindelfingen

Tel. +49/70 31/61 86-80, Fax +49/70 31/61 86-86

eMail: ewiv@libertas-institut.com, Internet: <http://www.libertas-institut.com>

Zitierweise z. B.:/Quotation e.g.:/Citation p. e.; EWIV/EEIG/GEIE eJOURNAL 5 – March 2005, p. 7

Diese mehrsprachige Zeitschrift wird kostenlos per eMail versandt. Alle Urheberrechte liegen beim Europäischen EWIV-Informationszentrum und LIBERTAS – Europäisches Institut GmbH. EWIV/EEIG/GEIE eJOURNAL, auch die zurückliegenden Ausgaben, können auch unter www.libertas-institut.com heruntergeladen werden. / *This multilingual newsletter is distributed for free by e-mail. All copyrights remain with European EEIG Information Centre and LIBERTAS – European Institute GmbH. EWIV/EEIG/GEIE eJOURNAL, including all former issues, can also be downloaded under www.libertas-institut.com* / Ce journal multilingue est distribué gratuitement. Tous les droits sont réservés par LIBERTAS – Institut européen GmbH. EWIV/EEIG/GEIE eJOURNAL peut être téléchargé sous www.libertas-institut.com, aussi pour les éditions précédentes.

Inhalt

<i>Impressum</i>	01
<i>Editorial – DE</i>	03
<i>Editorial – EN</i>	04
<i>6. EWIV-Praxiskonferenz: EU-Rechtsform EWIV hat sich bewährt</i>	05
<i>Bündelung von infrastrukturellen Geschäftsaktivitäten durch EWIV – im Konzern, in der Gruppe</i>	07
<i>Die Europäische Gesellschaft (oder Europa-AG) Häufig gestellte Fragen</i>	10
<i>European Economic Interest Groupings in Slovakia</i>	14
<i>EEIGs in Poland – Extracts from the proposal of the Polish Act on European Companies as proposed by Civil Law Codification Commission</i>	17
<i>EWIV-Beratungsservice – Ein Angebot</i>	22
<i>Anzeigen</i>	23

Editorial - DE

Sehr geehrte Damen und Herren,

wiederholt wurden wir darauf angesprochen, dass wir in verschiedenen Sprachen in einer online-Zeitschrift veröffentlichen. Wir gehen aber davon aus, dass die überwiegende Anzahl unserer Leser mehrsprachig ist. Andererseits bedauern wir natürlich, dass wir keine sprachlichen Vollversionen anbieten können, aber dass dies natürlich ein budgetäres Problem ist, verstehen Sie sicherlich.

In dieser Ausgabe haben wir einige Informationen zum Thema Europa-AG veröffentlicht. Man sieht dabei leicht, dass die Europa-AG zwar hochinteressant ist, aber keine Alternative zur EWIV – und umgekehrt. Dennoch wird bei einigen EWIV-Gründungen immer wieder gefragt, ob man nicht lieber eine Europa-AG (S.E. = Societas Europaeae) gründen soll.

Gleichzeitig werden Sie mit den Ergebnissen der 6. EWIV-Praxiskonferenz bekanntgemacht, die im November 2004 in Eschborn bei Frankfurt/Main stattfand.

Im übrigen wurde uns vorgeschlagen, eine nächste EWIV-Praxiskonferenz in englischer Sprache und somit für alle EWIV aus der gesamten EU offen abzuhalten. Teilen Sie uns bitte mit, was Sie davon halten. Das Europäische EWIV-Informationszentrum würde damit die Rolle übernehmen, die die EU-Kommission mit großen Konferenzen in Brüssel in 1992 und 1996 innehatte.

Freundliche Grüße,

Hans-Jürgen Zahorka

Wenn Sie Kollegen, andere Unternehmen etc. kennen, die das EWIV/EEIG/GEIE eJOURNAL regelmäßig haben möchten, senden Sie uns bitte ein E-Mail. Wir sollten dabei den vollen Namen und das Unternehmen/die Funktion des Abonnenten haben. Die E-Mail-Adressen und sonstigen Daten werden selbstverständlich an niemanden herausgegeben – das garantieren wir.

*Wenn Sie die Zeitschrift nicht mehr haben möchten, senden Sie uns bitte ein kurzes E-Mail an ewiv@libertas-institut.com mit dem Hinweis im Betreff „**UNSUBSCRIBE**“ – das genügt. Wenn Ihre E-Mail-Adresse sich verändert, lassen Sie es uns bitte wissen, damit keine Lieferunterbrechung eintritt.*

Wenn Sie Hinweise, Anregungen, Kritik, Vorstellungen einzelner EWIV etc. haben, senden Sie diese bitte per e-mail zur Redaktion. Wir freuen uns sehr über Ihre Beiträge. Sie bekommen mit diesem eJournal die Möglichkeit, sich eine eigene Bibliothek und Fallsammlung für Ihre EWIV, Ihre geplante EWIV bzw. Unternehmenskooperation aufzubauen.

Editorial - EN

Dear reader,

we have been approached repeatedly that we publish this online paper in several languages. However, we assume that our readers are overwhelmingly multilingual. On the other hand we have to regret that we cannot offer full versions of different languages; you will understand that this is due to budgetary reasons.

In this issue we publish some information about the European public limited company (S.E. = Societas Europaeae). This company may be absolutely interesting, but is no alternative to an EEIG – and vice versa. At some founding meetings (and before) of EEIGs there are questions, if such a S.E. should not be launched.

At the same time we want to familiarize you with some results of the 6. EEIG Practice Conference from November 2004 in Eschborn near Frankfurt/Main.

It has been proposed to us to arrange a next EEIG Practice Conference in English language and thus open for all EEIGs from the whole EU. Please tell us what you think about it. The European EEIG Information Centre would slip in a role the EU Commission had when organising big conferences on EEIGs in 1992 and 1996 in Brussels.

Best regards,

Hans-Jürgen Zahorka

If you know colleagues, companies etc. who may like to receive the EWIV/EEIG/GEIE eJOURNAL, send us please an e-mail. We should have the complete name and the company or organisation of the new subscriber. Of course we do not abuse these data.

If you do not want to receive this newsletter any longer, please send an e-mail to eeig@libertas-institut.com under the reference „UNSUBSCRIBE“ – this will do it. Also inform us as well, if your e-mail address changes.

If you have suggestions, remarks, critics, presentations of EEIG etc., please send them to the editor by e-mail. We are happy about your contributions. With the eJOURNAL you'll have the opportunity to build up your own electronic library and case law, for your own EEIG, or your planned one or your company cooperation.

6. EWIV-Praxiskonferenz: EU-Rechtsform EWIV hat sich bewährt

Steuerliche Vorteile und Flexibilität haben sich bestätigt

ESCHBORN. Die Kooperationsform der Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) hat sich bewährt und bietet auch den neuen EU-Mitgliedsstaaten ausgezeichnete Bedingungen. Außerdem sollten die EU und die Schweiz in ihren nächsten bilateralen Verhandlungen darauf einigen, dass die EWIV auch in der Schweiz eingeführt wird. Dies waren die wesentlichen Ergebnisse der 6. EWIV-Praxiskonferenz, die am 5. November 2004 in Eschborn bei Frankfurt/Main abgehalten wurde. Veranstalter war das Europäische EWIV-Informationszentrum, das bei LIBERTAS – Europäisches Institut GmbH (Sindelfingen) untergebracht ist. Die Diskussionen standen unter dem Vorsitz von Dr. Khaled Snouber, Leiter des EIC bei der IBH Wiesbaden, der am Nachmittag von UNITAS EWIV-Geschäftsführer und Managementberater Siegfried Diekow abgelöst wurde.

Eingangs hatte Axel Henkel, Abteilungsleiter für Mittelstand und Außenwirtschaft im Hessischen Wirtschaftsministerium, für mehr Unternehmenskooperation und für Hessen geworben; die Teilnehmer der EWIV-Konferenz, die größtenteils EWIV-Geschäftsführer und –Mitglieder waren, stammten diesmal aus Polen, der Slowakei, Österreich, Luxemburg, der Schweiz und Deutschland.

Der Leiter des Europäischen EWIV-Informationszentrum, Hans-Jürgen Zahorka, ging danach darauf ein, dass die Mitgliederzahl von EWIV, da es kein europäisches Zentralregister gebe (und auch nicht geben müsse), noch unerforscht sei; diese Größe sei jedoch wichtig für die Kooperation, die diese Rechtsform vertrete. Die EWIV, deren Namen nicht harmonisiert ist, wobei die EU heute 20 Amtssprachen hat, sei nach wie vor die flexibelste und am wenigsten regulierte Rechtsform in der gesamten EU. Heute gebe es ca. 1800 EWIV mit rund 14.000 Mitgliedern – die genaue Zahl kenne niemand - in der EU. Auch in den EFTA-Staaten, die in den Europäischen Währungsraum gegangen sind (Norwegen, Liechtenstein, Island) können EWIV gegründet werden. Ein Problem zu Lasten der Kooperation mit der Schweiz sei es aber, dass dort keine EWIV gegründet werden kann bzw. von dort nur assoziierte Unternehmen teilnehmen können. Die Konferenz drückte Zahorka per Akklamation ihre Unterstützung dazu aus, dass er mit der EU-Kommission und den schweizerischen Behörden im Hinblick auf eine Einbeziehung dieses Themas in die nächsten bilateralen Gespräche in Kontakt gelangt.

Für die Bündelung von konzerninternen Infrastrukturaktivitäten (Fuhrpark, Rechnungswesen, etc.) in Form von EWIV (Outsourcing) aus Gründen der Kostensenkung plädierte Ute Hirschburger, LIBERTAS Geschäftsführerin und stellvertretende Leiterin des EWIV-Informationszentrums. Zuvor hatte Andreas Löbke aus Luxemburg die Tätigkeit der R.O.L.T. EWIV (Regional Obst Luxemburg Trier) als grenzüberschreitende Vertriebsform für Äpfel vorgestellt – wohl begleitet von Äpfeln aus dem Grenzraum. Diplom-Kauffrau Petra Sandner, Steuerautorin und an der sächsischen Fachhochschule Merseburg tätig, behandelte Themen wie Unternehmereigenschaft der EWIV, Umsatzsteuer, Bilanzpflicht und Bildung von Rücklagen. Hier scheint nach Ansicht der Konferenzteilnehmer große Unsicherheit bei Finanzämtern zu bestehen; in Deutschland ist der Eingriff der Finanzverwaltung

recht begrenzt, auch nach einem Schreiben des Bundesfinanzministeriums zur Besteuerung dieser Rechtsform aus 1988.

Schließlich hatten Katarzyna Michno, Rechtsanwältin aus Warschau/Polen, sowie Peter Cavojsky von der Kanzlei Krivak + Co. aus Bratislava/Slowakei die EWIV aus der Sicht dieser beiden neuen EU-Mitgliedsstaaten dargestellt. In beiden Ländern gebe es ein großes Potenzial für derartige Kooperationszentren. EWIV müssen mindestens zwei Mitglieder aus zwei verschiedenen EU-Staaten haben, werden in nationale Handelsregister eingetragen und bezahlen keine Unternehmenssteuer (Gewerbe- und Körperschaftssteuer). In seinem Schlusswort erklärte Hans-Jürgen Zahorka, dass die Tätigkeit des Informationszentrums verstärkt würde, so sei auch an eine Forschung zum Thema virtuelle Unternehmen und EWIV gedacht.

Bündelung von infrastrukturellen Geschäftsaktivitäten durch EWIV – im Konzern, in der Gruppe

Ute Hirschburger

1. Immer mehr besteht heute für Unternehmen – ob im Konzern, in der Unternehmensgruppe oder als einzelne Unternehmen – der Zwang, **Kosten einzusparen**.

Daher denken immer mehr Unternehmensleitungen nach, **einzelne Leistungen – die meistens nach innen gerichtet sind – outzusourcen**, also auszugliedern. Diese Leistungen sind **deshalb nach innen ausgerichtet**, weil **Verwaltungstätigkeiten ein niedrigeres Profil** haben und **nach außen gerichtete Tätigkeiten**, z. B. gemeinsamer Verkauf usw. eine **höhere Intensität der Profilierung** erfordern. Nach innen orientierte Tätigkeiten gehen einfacher zwischen Unternehmen zu harmonisieren: wie z. B. ein Fuhrpark gemanagt wird, geht nicht ins Firmenimage ein.

2. Zum Beispiel kann das heute geschehen bei:
 - **Personalabrechnung**
 - **Buchhaltung**
 - **Human Ressource-Management** (z. B. Förderung oder Weiterbildung von Personal)
 - **Fuhrpark**
 - **Maschinenpark**
 - **Reinigungsdienste**
 - usw.

Hierfür eignet sich ganz besonders eine EWIV – wenn eine **Grenzüberschreitung im EU-Binnenmarkt** vorgenommen werden kann. Auch bei **Mittelständlern** ist dies möglich, wenn z. B. ein **Mutterhaus und eine Tochterfirma** in ihrem konkreten Unternehmens- oder Kollegenumfeld (bei Freiberuflern) Firmen in einen Zweck-Pool zusammenfassen, der einen der oben genannten Zwecke erfüllt.

3. Dies kann auch auf **konzerninterne Dienstleistungen** angewendet werden, z. B. auf die **Innenrevision bei Versicherungen**. Die schweizerische Winterthur-Versicherungsgruppe hat hierfür die Revisionsabteilungen der europäischen Tochtergesellschaften ausgegliedert – in Form einer EWIV mit Sitz in Barcelona. Hierfür spielt es keine Rolle, dass die Mutterfirma in der Schweiz sitzt; sie hat überall in den EU-Mitgliedstaaten Tochtergesellschaften.

Solche Ausgliederungen haben zur Folge,

- **dass überall nach gleichen Standards Revision betrieben wird, was bei der internationalen Ausrichtung der Rechnungslegung auch notwendig ist,**
- **dass Kosten gespart werden, indem die jeweiligen Overhead-Kosten der einzelnen Unternehmen minimiert werden,**
- **dass eventuell sogar Aufträge von Drittunternehmen übernommen werden können, um das Know-how und die Kapazitäten auszulasten (z.**

B. von Versicherungsgesellschaften, die nicht in unmittelbarer Konkurrenz stehen).

4. In welcher **Rechtsform** soll ausgegliedert werden? Dies ist möglich
 - unter Gründung einer **GmbH** oder einer ähnlichen Struktur;
 - dies kostet Geld, weil relativ hohe Gründungskosten anfallen,
 - weil viel Geld gebunden wird (Stammkapital),
 - weil damit relativ unabänderliche Strukturen geschaffen werden.
 - unter **Handschlag**, dies ist aber heutzutage riskant, weil es gegen elementare Grundsätze der Rechtssicherheit ist,
 - unter Gründung einer **EWIV**.
 - Diese ist im Inneren ungeheuer flexibel,
 - kostet wenig Gründungsaufwand,
 - erfordert keinerlei Stammkapital
 - und erfordert keinerlei positiven Umsatz der Mitglieder, sondern hat in jedem Fall Unternehmereigenschaft. In Deutschland ist dies im Schreiben des Bundesfinanzministeriums von 1988 in klaren Worten so geregelt.
5. Der Hilfscharakter der EWIV **ist bei einer solchen Bündelung des Outsourcing** voll erfüllt.
6. Es gibt immer wieder heute und besonders in Deutschland Bemühungen, eine **britische Limited** zu gründen. Dies ist durchaus rechtlich möglich, nach der Centros-Entscheidung des EuGH und den folgenden Urteilen in ähnlicher Sache. Es kann auch interessant sein z. B. für einen Handwerksbetrieb, der seine Haftung für Auslandsaufträge minimieren möchte. Es ist heute, nach ständiger Rechtsprechung, auch völlig legitim, wenn man z. B. in Deutschland eine Filiale einer britischen Limited eröffnet.
7. Wenn aber eine solche **Limited in Großbritannien** mit einer **deutschen Firma** eine **EWIV** bildet – was es des öfteren gibt – muss man wissen, dass dies steuerlich für die faktische deutsche Mutterfirma uninteressant sein kann – wenn nämlich eine **Betriebsstätte** nur in Deutschland und nicht in Großbritannien liegt. Andere Erwägungen sind uninteressant, z. B. keine Steuern zahlen zu wollen, weil man vorgibt eine Betriebsstätte in Großbritannien zu haben. Denn zum einen dürfte das ein deutsches Finanzamt schnell herausfinden, zum anderen sind eben **Steuern in Großbritannien** zu zahlen, und nicht nur diese, sondern auch eine ganze Reihe **andere Vorhaltekosten** für Buchhaltung und den company secretary usw.
8. Ich fasse zusammen: Wenn man heute, was normal ist, mit einem **konsequenten Kosten-Controlling** arbeitet, ist die Zusammenarbeit von Unternehmen im Bereich Outsourcing eine **Notwendigkeit, um wettbewerbsfähig** zu bleiben. Für eine solche Bündelung von Outsourcing-Tätigkeiten ist eine EWIV natürlich eine ideale Struktur, weil sie extrem flexibel und steuerfreundlich ist – viel mehr als unsere sonstigen üblichen Unternehmensformen. Ihr Pferdefuss ist, dass viele nur im nationalen Rahmen tätige Unternehmen eben einen anderen **Partner aus der EU** benötigen.

9. Das sollte gerade deutsche oder österreichische Unternehmen dazu bringen, über EWIV-Gründungen mit neuen EU-Mitgliedstaaten in **Mittel- und Osteuropa** nachzudenken. Dies würde auch mit sich bringen, dass entsprechende **Kosten** mit Sicherheit **stark gesenkt** werden könnten, z. B. **Kosten für Fuhrpark, für Reinigungsdienste, für personalintensive Outsourcing-Bereiche** überhaupt. Insoweit tun westeuropäische Unternehmen gut daran, sich über Mittel- und Osteuropa und die Unternehmensmöglichkeiten dort zu informieren.
10. Insgesamt also sollten sehr viele Unternehmen prüfen, ob sie **unter dem ständigen Kostendruck outsourcen**, und wenn ja, ob sie Partner im Ausland haben, die dies ebenfalls machen wollen bzw. mit ihnen zusammen gehen, In diesem Fall ist eine EWIV die leichteste Struktur für solch einen Zweck. Outsourcing kann also ein Punkt für die EWIV werden.

Die Europäische Gesellschaft (oder Europa-AG) – Häufig gestellte Fragen

Immer wieder werden vor oder während des Betriebs einer EWIV Fragen nach der Europa-AG gestellt. In den meisten Fällen sollten sie sich erübrigen, weil die Europa-AG doch eine gewisse, einer nationalen Aktiengesellschaft ähnliche, firmeninterne Bürokratie benötigt – wovon eine EWIV verschont bleibt. Hier einige der häufig gestellten Fragen zur Europa-AG, die z. B. in Deutschland seit 29.12.2004 eingetragen werden kann:

1. Was ist das Statut der Europäischen Gesellschaft?

Es ist ein Rechtsinstrument auf der Grundlage des Gemeinschaftsrechts, das Unternehmen die **Möglichkeit** bietet, eine europäische Aktiengesellschaft (bekannt auch unter der lateinischen Abkürzung ‚SE‘ für ‚Societas Europaeae‘) zu gründen. Die SE hat den Vorteil, dass sie europaweit agieren kann und dem Gemeinschaftsrecht unterliegt, das in den Mitgliedstaaten direkt anwendbar ist. Das SE-Statut besteht aus zwei Rechtsakten: einer Verordnung (die in den Mitgliedstaaten direkt anwendbar ist), durch die die Gesellschaftsrechtsvorschriften eingeführt werden, und eine Richtlinie über die Beteiligung der Arbeitnehmer (die in allen Mitgliedstaaten in innerstaatliches Recht umgesetzt werden muss).

2. Wie wird eine Europäische Gesellschaft gegründet?

Eine SE kann auf vier verschiedene Arten gegründet werden:

- durch Verschmelzung von zwei oder mehr Aktiengesellschaften aus mindestens zwei verschiedenen Mitgliedstaaten,
- durch Bildung einer SE-Holdinggesellschaft, an der Aktiengesellschaften oder GmbHs aus mindestens zwei verschiedenen Mitgliedstaaten beteiligt sind,
- durch Gründung einer SE-Tochtergesellschaft durch Gesellschaften aus mindestens zwei verschiedenen Mitgliedstaaten,
- durch Umwandlung einer Aktiengesellschaft, die seit mindestens zwei Jahren eine Tochtergesellschaft in einem anderen Mitgliedstaat hat, in eine SE.

3. Welche Vorteile bietet die Europäische Gesellschaft?

Die praktische Bedeutung des SE-Statuts besteht darin, dass Unternehmen mit Niederlassungen in mehreren Mitgliedstaaten auf der Grundlage einheitlicher Regeln fusionieren und mit einem einheitlichen Management und Berichtssystem überall in der Europäischen Union tätig werden können, ohne mit erheblichem Zeit- und Kostenaufwand ein Netz von Tochtergesellschaften errichten zu müssen, für die unterschiedliche nationale Vorschriften gelten. Vorteile ergeben sich insbesondere durch deutlich geringere Verwaltungs- und Rechtskosten, eine einzige Rechtsstruktur, eine einheitliche Geschäftsführung und ein einheitliches Berichtssystem. Bei den Verwaltungskosten rechnete die 1995 von den Staats- und Regierungschefs eingesetzte Beratergruppe "Wettbewerbsfähigkeit" unter dem Vorsitz von Carlo Ciampi mit Einsparungen bis zu 30 Mrd. EUR jährlich.

Ein als Europäische Aktiengesellschaft verfasstes Unternehmen lässt sich schnell und problemlos umstrukturieren, um die Geschäftsmöglichkeiten, die der Binnenmarkt bietet, optimal nutzen zu können. Europäische Aktiengesellschaften mit Geschäftsinteressen in mehreren Mitgliedstaaten können Landesgrenzen ohne weiteres überwinden, wenn dies aufgrund sich ändernder Geschäftsbedingungen erforderlich ist, da das SE-Statut die Verlegung des Satzungssitzes erlaubt.

So kann eine in Mitgliedstaat A eingetragene SE ihren Satzungssitz nach Mitgliedstaat B verlegen, ohne, wie das derzeit noch der Fall ist, die Gesellschaft in Mitgliedstaat A auflösen und in Mitgliedstaat B neu gründen zu müssen. Projekte auf europäischer Ebene wie Verkehrs- oder Energieprojekte im Rahmen der Transeuropäischen Netze (Modernisierung des Schienen/Straßennetzes) lassen sich besser über eine Europäische Aktiengesellschaft realisieren, die privates Risikokapital leichter mobilisieren kann als eine Reihe von inländischen Gesellschaften, die alle verschiedenen innerstaatlichen Rechtsordnungen unterliegen.

4. Sind Unternehmen zur Umwandlung in eine SE verpflichtet?

Nein. Wenn sie jedoch ohne den Status einer SE in mehreren Mitgliedstaaten tätig werden wollen, müssen sie die verschiedenen in den einzelnen Mitgliedstaaten für Unternehmensgründungen geltenden Vorschriften beachten, was häufig erhebliche Verwaltungs- und Rechtskosten verursacht.

5. Gibt es ein zentrales Register für Europäische Gesellschaften?

Nein. Jede SE wird in ihrem Gründungsmitgliedstaat in dasselbe Register eingetragen wie nach innerstaatlichem Recht gegründete Gesellschaften mit dem Unterschied, dass die Eintragung jeder SE im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften bekannt gemacht wird (also ähnlich wie bei EWIV, für die es auch kein Zentralregister gibt).

6. Kann sich eine Europäische Gesellschaft in jedem Mitgliedstaat eintragen lassen, in dem sie tätig ist (z.B. wenn sie dort über eine Vertretung verfügt), oder muss sie in dem Mitgliedstaat registriert sein, in dem sich ihre Hauptverwaltung befindet?

Die Europäische Gesellschaft muss in dem Mitgliedstaat registriert sein, in dem sich ihre Hauptverwaltung befindet. Nur auf diese Weise kann eine effiziente Überwachung der SE gewährleistet werden, um zu vermeiden, dass die SE für illegale Zwecke wie Steuerhinterziehung oder Geldwäsche benutzt wird.

7. Wo ist die Europäische Gesellschaft steuerpflichtig?

Ungeachtet der diesbezüglichen Kommissionsvorschläge enthält das Statut der SE keine Steuerregelungen. Eine SE wird daher steuerlich genauso wie jedes andere multinationale Unternehmen nach den auf Ebene der Gesellschaft oder Zweigniederlassung geltenden innerstaatlichen Steuervorschriften behandelt.

Alle EU-Richtlinien im Steuerbereich gelten oder werden in Kürze für die EU-Aktiengesellschaft gelten. Der Rat hat bereits eine Richtlinie verabschiedet, die den Geltungsbereich der Mutter-Tochter-Richtlinie, die Steuerhindernisse für Unternehmensgruppen in der EU durch die Abschaffung von Quellensteuern auf Dividendenzahlungen zwischen verbundenen Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten abschafft und die Doppelbesteuerung von Mutterunternehmen auf die Gewinne ihrer Tochterunternehmen beseitigt, ausweitet.

Wenn der Rat die Vorschläge der Kommission zur Änderung der Fusionsrichtlinie und der Richtlinie über Zinsen und Lizenzgebühren (2003/49/EG) verabschiedet haben wird, wird Gründung und Tätigkeit einer Europäischen Aktiengesellschaft den gleichen Steuerregelungen unterliegen wie andere plc, SA, AG, SpA usw. nach nationalem Recht. Der gleiche Grundsatz gilt für die MwSt.

In einem Aspekt wird für die Europäische Aktiengesellschaft sogar eine günstigere Regelung gelten: Derzeit kann in gesellschaftsrechtlicher Hinsicht – neben der EWIV - nur die Europäische Aktiengesellschaft ihren Sitz von einem Mitgliedstaat in einen anderen verlegen, ohne sich aufzulösen und neu zu gründen. Der Vorschlag zur Änderung der Fusionsrichtlinie, um sie auf Europäische Aktiengesellschaften auszuweiten, wird sicherstellen, dass diese Transaktion – vorbehaltlich einiger Bedingungen - keine Steuerbelastung nach sich ziehen wird.

Schließlich hat die Kommission die Idee eingebracht, die gemeinsame konsolidierte EU-Gesellschaftssteuergrundlage mit einer Pilotregelung für Europäische Aktiengesellschaften zu testen. Diese Idee hat Vor- und Nachteile, und man wird die Diskussion vertiefen müssen, wenn man Fortschritte bei den Arbeiten an der Besteuerungsgrundlage machen will. In jedem Fall wird jede mögliche Diskriminierung zu vermeiden sein. Dies zeigt, dass die EU-Kommission getan hat, was sie konnte, um sicherzustellen, dass für die Europäische Aktiengesellschaft mindestens die gleiche körperschaftssteuerliche Behandlung wie für jedes andere Unternehmen gilt.

8. Welche Bestimmungen gelten für die Arbeitnehmermitbestimmung in Europäischen Gesellschaften?

Nach der Richtlinie über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der SE setzt die Gründung einer SE Verhandlungen über die Mitwirkung der Arbeitnehmer mit einem Gremium voraus, das alle Arbeitnehmer der betroffenen Gesellschaften vertritt. Kommt keine alle Seiten zufriedenstellende Einigung zustande, gelten die Standardvorschriften im Anhang der Richtlinie. Danach ist die Geschäftsleitung der SE insbesondere verpflichtet, regelmäßig über Unternehmensvorgänge zu berichten und die Arbeitnehmervertretung auf der Grundlage dieser Berichte zu unterrichten und zu konsultieren. Diese Berichte müssen die aktuellen und künftigen Geschäftspläne enthalten, die Produktions- und Verkaufszahlen sowie deren Auswirkungen auf die Belegschaft, Änderungen in der Geschäftsleitung, Zusammenschlüsse, Veräußerungen von Unternehmen oder Unternehmensteilen, mögliche Schließungen und Entlassungen.

Unter bestimmten Voraussetzungen, wenn es der Geschäftsleitung und der Arbeitnehmervertretung nicht gelungen ist, eine für alle Seiten zufriedenstellende Vereinbarung auszuhandeln, und die an der Gründung der SE beteiligten Unternehmen zuvor der Mitbestimmung unterlagen, ist die SE verpflichtet, die Standardvorschriften über die Arbeitnehmermitbestimmung anzuwenden. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn die SE als Holdinggesellschaft oder Gemeinschaftsunternehmen gegründet worden ist und die Mehrzahl der Arbeitnehmer vor der Gründung der SE ein Mitspracherecht bei Unternehmensbeschlüssen hatte.

Bei einer Europäischen Gesellschaft, die im Wege einer Verschmelzung gegründet worden ist, sind die Standardvorschriften über die Arbeitnehmermitbestimmung anzuwenden, wenn die Mitbestimmung vor dem Zusammenschluss zumindest für 25% der Arbeitnehmer galt. Daran ist bis hin zum Nizzaer Gipfel im Dezember 2000 eine Einigung stets gescheitert.

Der Kompromiss der Staats- und Regierungschefs sieht vor, dass ein Mitgliedstaat die Mitbestimmungs-Richtlinie bei einer durch Verschmelzung gegründeten SE nicht anzuwenden braucht. In diesem Fall kann die SE in diesem Mitgliedstaat jedoch nur dann eingetragen werden, wenn sich Geschäftsleitung und Arbeitnehmer auf ein Mitbestimmungsmodell verständigen oder wenn die Arbeitnehmer vor Gründung der SE keine Mitbestimmungsrechte hatten.

Wird eine SE durch Umwandlung eines bestehenden Unternehmens errichtet, so gelten die Mitbestimmungsregeln, die dieses Unternehmen vor seiner Umwandlung in eine SE angewandt hat.

9. Müssen Europäische Gesellschaften an der Börse notiert sein?

Nein, auch GmbHs und Unternehmen mittlerer Größe können in eine SE umgewandelt werden. Sind die Aktien einer SE an der Börse notiert, muss die SE ebenso behandelt werden wie eine Aktiengesellschaft nach innerstaatlichem Recht.

Das Mindestkapital wurde auf 120 000 Euro festgesetzt, so dass auch mittelständische Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten eine SE gründen können.

10. Warum hat es bis zur Annahme des Vorschlags 30 Jahre gedauert?

Zum Teil liegt dies daran, dass für die Einführung der nach Gemeinschaftsrecht verfassten Europäischen Gesellschaft eine Verordnung erforderlich ist, die in allen Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar ist, im Gegensatz zu einer Richtlinie, die in innerstaatliches Recht umgesetzt werden muss. Hierzu mussten sich die Mitgliedstaaten über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts einigen, das in den verschiedenen einzelstaatlichen Rechtsordnungen nach wie vor sehr unterschiedlich ausgestaltet ist. Zudem musste eine gemeinsame Basis sowohl für die Mitgliedstaaten gefunden werden, in denen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer eine lange Tradition hat (und die befürchteten, dass die SE zur Aushebelung ihres Mitbestimmungsrechts benutzt werden könnte), als auch für die Mitgliedstaaten, in denen die Mitwirkung der Arbeitnehmer nicht verbindlich ist (und die befürchteten, dass die SE zur Einführung obligatorischer Mitbestimmungsrechte genutzt werden könnte). Letzten Endes bedurfte es eines Kompromisses auf höchster politischer Ebene der EU, d.h. im Europäischen Rat (in Nizza).

11. Enthält das SE-Statut Bestimmungen über Arbeitsverträge und Renten?

Nein. Arbeitsverträge und Renten sind nicht Gegenstand der Verordnung. Für sie gilt das Recht der Mitgliedstaaten, in denen die Hauptverwaltung und Zweigniederlassungen ansässig sind.

Was die Betriebsrenten anbelangt, so hat die Kommission im Oktober 2000 einen Vorschlag für eine Richtlinie über die betriebliche Altersversorgung vorgelegt, von der auch die SE profitieren würde, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeit für ein Unternehmen, einen einzigen Rentenfonds für alle in der EU beschäftigten Mitarbeiter des Unternehmens einzurichten.

European Economic Interest Groupings in Slovakia

JUDr. Peter Cavojsky, Krivak&Co., Bratislava

European Economic Interest Grouping (hereinafter „**EEIG**“) entered into Slovak legal system jointly with the accession of Slovakia into the European Community from 1st May as a new form of legal entity. Here it is dealt with (i) **the process of establishment**, (ii) **Slovak implementation law** and (iii) **possibilities of its use in Slovakia**.

The process of establishment

At the beginning, it should be distinguished between an establishment of an EEIG and the constitution of an EEIG by the entry into the commercial register.

EEIG is established by signing of the contract for the formation by at least two legal entities, within the meaning of article 4 of Regulation from two different EU Member States. If the contract is concluded under Slovak law, the signatures must be authorised by the public notary (like e.g. in Austria, all members of an EEIG have to sign before the notary). These signatures can be authorised also by the Office of Municipality or by the District Office.

This contract for the formation **must include, at least**:

- The name of the EEIG preceded or followed either the words “European Economic Interest Grouping” or by the initials “EEIG”, unless those words or initials already form a part of the name. The business name of the EEIG cannot be same or interchangeable with a business name of other business company
- The official address of the grouping, with a seat in Slovakia
- The name, business name, legal form, permanent address or registered office, and the number and place of registration, if any, of each member of the EEIG (like in all other EU Member States)
- The duration of the EEIG, except for being indefinite
- Name, surname, date of birth and birth number (if available) of the first managers of the EEIG
- The manner of representation of the EEIG by the manager/managers

Until entry into the Commercial register, **only the activities leading to the registration are allowed**. It means that if the EEIG performs other type of activities, these activities are automatically void. After the registration, the members acting collectively should ratify all the activities carried out before by the authorised persons during period of three months. It means that all activities carried out before a registration of the EEIG must be approved by the EEIG itself, regardless of a type of activity (it must be stressed that these activities should be ratified by the EEIG through the members acting collectively as a supreme body of the EEIG). If these activities are not authorised by such a manner, they shall become void. The persons who acted in the name of EEIG shall be liable joint and several to fulfil the duties arising from such kind of activities.

After the conclusion of the contract for the formation, the manager or all managers shall submit an application to the Commercial Register, which is relevant for the seat of the EEIG. In Slovakia, they are seven commercial registers, administered by the district courts.

That application must be submitted on a special form. If the managers do not fulfil this obligation, the EEIG shall not be registered, i.e. it shall not become a legal person. The application must be signed by all the managers and authorised by the public notary. Under Slovak law, each business company (the EEIG is seen like a business company under Commercial Code) must be registered **within five workdays**, naturally only if all requirements are met.

If a commercial register refuses the registration, the manager/managers are entitled to submit a protest. A decision on this protest must be passed within five workdays.

A process of registration is **charged by approx. 250 EURO**. Judicial fees must be paid up jointly with the application. Naturally, it is possible to submit that application under proxy, a signature on the power of attorney must be also authorised by the public notary.

The manager of EEIG must be a natural person. A legal person cannot be a manager of EEIG, although it can be a member of EEIG. It must be also pointed out that the Trade Act stipulates requirements, which must be met by a manager. These requirements are:

- At least 18 years of age
- Capacity to contract
- Impunity

After the registration, the managers of the EEIG are obliged to submit to the Commercial register (Collection of the Documents)

- (i) All the amendments of the contract for forming the EEIG,
- (ii) The decision of the members of the EEIG appointing or withdrawing the managers
- (iii) Proposal of the transfer of the registered office within the EU
- (iv) Release of the member of the EEIG from the debts and other duties arisen from the membership,
- (v) Notice of the assignment of the membership in the EEIG and
- (vi) Other documents required to be submitted by the Regulation.

Slovak implementation law

The Slovak Implementation Law was passed on March 11, 2004 and it came into force with the accession of the Slovakia into European Communities. This Act was published in the Collection of Acts under number 177/2004.

As for the EEIG and the law applicable for business companies to be applied, it should be pointed out that this law is applicable especially for

- The establishment and the formation of the EEIG

- Representing the EEIG before its formation
- Restriction of competition (applicable for the managers of the EEIG)
- Nullity of the EEIG
- Liquidation of the EEIG and
- Winding up and termination of the EEIG

It must be stressed that the difference between the Regulation and the Commercial Code can be seen also in a length of the period of the limitation for the debts and the other liabilities of EEIG after the publication of the conclusion of the liquidation of the EEIG. Under the EU Regulation, this period is five years after, which can be longer if relevant national does not stipulate otherwise; this period of limitation could be only longer. A general period of limitation, under Commercial Code, is four years. Therefore, the entrepreneurs entering into relations with the EEIG are more protected by the

- (i) Joint and several liability of the members of the EEIG and
- (ii) Longer period of the limitation.

Possibilities of the use of EEIG in Slovakia

Business environment in Slovakia has only a short history, beginning in 1989. The use of possibilities given by the legal system should be seen within this context. The Civil Code, from the 1991, gives a possibility to form a similar legal entity, called “interest grouping of legal persons”. Regardless, this legal possibility is almost without significance, as the entrepreneurs do not use it.

The enlargement of the European Community brings for the Slovak business environment more opportunities of expansion. Like in other “old” Member States, also in Slovakia, a forming of EEIG will be used mainly by SME’s. However, the activity leading to the forming of the EEIG should come from the company from the “old” Member State, which has enough knowledge about a functioning of the EEIG.

The main risk may lay down in the several and joint liability of the members of the EEIG. This risk can bring some extent of distrust with this type of legal person. However, there is quite a good chance for the development of the EEIG in Slovakia. The reason can be seen in the necessity of foreign experiences on the market within the Community and the necessity of its use by the Slovak entrepreneurs, willing to enter into Community market as a whole.

Further information, questions and EEIG start-ups in Slovak Republic:

JUDr. Peter Cavojsky

Krivak + Co. Law Office, Bratislava

cavojsky@krivak.sk

www.krivak.sk

EEIGs in Poland

Extracts from the proposal of the Polish Act on European Companies as proposed by Civil Law Codification Commission

Katarzyna Michno, Michal Adamiak's Law Office, Warsaw, Poland

There will not be a proper EEIG implementation law, but its contents will be dealt by a Polish Act on European Companies. Our author explains the key articles, relevant for EEIG:

Art. 1

1. The Act applies to:

- 1) formation, organization and operation of the European Company described in **Statute for a European company (SE)** regulation dated on the 8th of October, 2001,
 - 2) registration and some aspects of organization of European Economic Interest Grouping described in **European Economic Interest Grouping – EEIG** dated on the 25th of July, 1985,
2. The Act also includes provisions on involvement of employees in a European company.

Art. 2

Definitions:

- 11) manager - physical or legal person, managing the affairs of the grouping,

Art. 3

1. The grouping is subject to entry into the registry according to the rules applicable to registered partnerships, unless the Act provides otherwise.

Art. 5

Central Information of the National Registry Court transfers the information subject to publication in the European Communities Official Journal in accordance with art. 11 of the regulation 2137/85 or art. 14 of the regulation 2157/2001 to the European Union Official Publications Office within a month from the publication of those information in the "Monitor Sądowy i Gospodarczy" (Polish Journal dedicated to publication of the information on companies).

Title II

European Economic Interest Grouping

Art. 6

Unless otherwise stated in the regulation 2137/85 or in this Act, the provisions on the registered partnerships are adequately applicable to the grouping.

Art. 7

Information described in art. 5 and art. 7 of the regulation 2137/85 are subject to the entry to the registry.

Art. 8

1. Application of the grouping to the register as well as filing the information subject to the entry is made by managers of the grouping or its liquidators, in accordance with the rules of representation of the grouping described in the contract of the grouping.
2. Withdrawal of a member of the grouping and dissolution of the grouping by the decision of its members may also be filed to the registry by each of the members of the grouping.
3. The clause exempting the responsibility of a member accessing the grouping from the payment of debts and other liabilities which originated before his admission may also be filed to the registry by such an accessing member.
4. Statement of each of managers of the grouping on the fact that the circumstances which according to art. 19 sec. 1 of the regulation 2137/85 exempt the person from acting as manager of the grouping do not occur shall be appended to the grouping's application to the registry. Such a statement shall be also appended to application of every new manager to the registry.
5. When documents or information to be filed to the registry are made in a foreign language, their certified translation into Polish shall be appended.

Art. 9

1. Publications required by law related to the grouping are subject to the publication in "Monitor Sądowy i Gospodarczy". The contract of the grouping may also provide for other publication obligations.
2. The notice on filing to the registry of documents and particulars described in art. 7 subsec. b) – j) of the regulation 2137/85 is also subject to the publication.

Art. 10

1. Art. 201 – 211 and art. 293 – 300 of the Commercial Companies Code apply to the managers of the grouping.
2. Legal person can act as a manager of the grouping, but only if it appoints: at least one physical person whose personal data are subject to the entry into the registry in accordance with art. 7 subsec.d of the regulation 2137/85 as its representative. The said representative is liable according to the rules described in art. 293 – 300 of the Commercial Companies Code. The provisions of art. 8 sec. 4 of this Act apply to the representative.

Art. 11

Apart from the circumstances described in art. 28 sec. 1 of the regulation 2137/85 the membership in the grouping ceases also at time of declaring the member insolvent. Art. 65 of the Commercial Companies Code applies to settlements between such a former member and the grouping.

Art. 12

1. Creditor of the grouping's member may terminate by notice the contract of the grouping in accordance with the provisions of art. 62 § 2 i § 3 of the Commercial Companies Code.
2. Consequence of termination by notice of contract of the grouping is a cessation of the membership of the member concerned by the termination.

Art. 13

Unless the contract of the grouping or the decision of its members provides otherwise, the grouping's managers are its liquidators. The members decision in this field requires unanimity unless the contract of the grouping provides otherwise."

Provisions of internal law adequately applicable to the EEIG seated in Poland according to the proposal of the Polish Act on European Companies

Provisions on the registered partnership (art. 22 – 85 of the Commercial Companies Code, with exception for the provisions on partnership's representation)

Registered partnership conducts enterprise under its own business name and is not any other commercial partnership or company.

Every partner is liable for obligations of the partnership, without limits, with all his assets jointly and severally with the remaining partners and the partnership.

The partner's liability has a **subsidiary character** what means that a creditor of a partnership may carry out an execution from partner's assets only when execution from partnership's assets proves ineffective, however the lawsuit against a partner may be brought even before the execution against the partnership is performed.

The creditor can freely choose the partner to which he directs his claims. After the execution against the partnership proves ineffective the partner chosen by the creditor is obliged to pay the debt in totality. Having paid the debt the partner may claim the recovery from other partners in proportion equal to their shares in the partnership's capital.

Provisions on appointment, removal of management board's members and organization of the management board in the limited liability company (art. 201 – 211 of the Commercial Companies Code)

Management board's organisation:

- (a) the management board may be composed of 1 or more persons appointed among the shareholders or the third parties,
- (b) it is the shareholders' meeting who appoints the management board members, unless the company deed states otherwise,
- (c) appointment as a member of the management board is equal with being granted a **mandate** which expires on the day on which the ordinary shareholders' meeting is convened to approve the financial statement for the first financial year in which the person acted as the board's member, or in case if appointment for a term longer than a year on the day on which the ordinary shareholders' meeting is convened to approve the financial statement for the last financial year in which the person acted as the board's member, unless the company deed provides otherwise.

The mandate always expires in the event of death, resignation or removal from the board of its member.
--

- (d) where the company deed provides that the management board's members are appointed for the common **term of office**, the mandate of this member of the board who was appointed before the given term of office was over by the elapse of time expires at the end of the management board term of office;
- (e) removal from the management board and suspension – by a resolution of the shareholders' meeting adopted at any time, the company deed may provide that the supervisory board may suspend each and every member of the management board for valid reasons,

The company deed or the articles may restrict the possibility to remove the members of the management board to the occurrence of the valid reasons.

Removal from the management board which is equal to loss of the mandate does not deprive the removed member of his rights and claims arising out of the employment contract or any other one (commission, manager's contract) when such a contract was concluded between the said person and the company in pertinence with his functions at the management board.

Removed member of the board is obliged and entitled to furnish explanations and participate in preparation of the board's report for the period he was its member as well as to participate in the ordinary meeting of shareholders or the ordinary general meeting approving the prepared report.

- (f) the management board adopts its resolutions by an absolute majority of voices if all the management board members have been duly notified about the management board meeting, the company deed may provide that in the event of the equal number of votes cast the president of the management board has a decisive voice; the management board proceeds in accordance with **its rules** (self-adopted in the limited liability company), the board's resolutions are recorded in **minutes**.

Provisions on civil liability of the members of the management board in the limited liability company (art. 293 – 300 of the Commercial Companies Code)

The members of the management board as well as liquidators if the company is undergoing the liquidation process bear civil responsibility (liability with their private assets) towards the company and, in some cases the company creditors, for their actions or inactions, which caused the damage to the company or its creditors. Main examples of such a liability:

- a) the management board members file to the registration court their statement that contributions were paid or in case of contributions in kind were brought to the company to cover the shares. Such a statement is made on the company incorporation as well as on registering the increase of capital. When the false information was given to the court either deliberately or through negligence, the managements board members are liable jointly and severally with the company for any damaged suffered by the company creditors in relation to the false statement. The claim is

barred on limitation of elapse of 3 years from the company's registration or the registration of the capital increase;

- b) all and every person (so even the third parties), while on creation of a company, has contrary to the law provisions or by his own fault caused any damage to the company is liable for compensation of the damage caused;
- c) management board members as well as liquidators are liable to the company for the damage caused through negligence or an action which is contrary to law, the company deed or the articles provisions, unless he is not at fault.

In the described situations as well as in the other ones indicated in the Code the company or the company creditors (if they are entitled to it under a law provision) may bring a civil action in order to have a damaged suffered compensated. When a company has failed to bring such an action within 1 year from the disclosure of the injurious act, every shareholder may bring the action for compensation to the benefit of the company.

- d) if the execution proceedings against the company proves ineffective, every company creditor may bring a civil action against the members of the management board who are jointly and severally liable for the company's obligations. Each and every member of the management board may avoid the liability described if:
 - a petition for declaration of the company's bankruptcy was filed or arrangement proceedings were instituted in due time, or
 - a failure to file a petition for bankruptcy or for arrangement proceedings was failed not due to his fault, or
 - the creditor suffered no damage even through no petition for declaration of bankruptcy was filed or no arrangements proceedings instituted.

The civil claims described are barred on limitation of elapse of 3 years from which the company become aware on the damage and the person responsible for it, no later that, no later than in 10 years from the incidence of injurious event.

In case of questions or intended start-ups of EEIG:
Katarzyna Michno, Michal Adamiak's Law Office, Warsaw, Poland
kmichno@adamiak.pl, www.adamiak.pl

EWIV-Beratungsservice

Seit kurzem bietet das Europäische EWIV-Informationszentrum einen EWIV-Beratungsservice für den laufenden Betrieb von EWIV an. Hierzu bestehen zwei alternative Angebote:

1. Beratungsservice auf Jahresbasis:

Wie auch der Website www.libertas-institut.com (unter EWIV-Informationszentrum, Dienstleistungen) entnommen werden kann, wird eine laufende Beratung zum Betrieb einer EWIV in Form einer „Hotline“ (online, telefonisch, schriftlich) angeboten. Unternehmen, die sich für diesen Beratungsservice entscheiden, bezahlen jährlich 1.500 Euro + gesetzliche MWSt. Dieses Angebot enthält die Beantwortung laufender Fragen und Lösung von Problemen beim Betrieb einer EWIV. Hierin ist allerdings nicht enthalten, dass z. B. die gesamte Buchhaltung übernommen wird.

2. Beratungsservice auf monatlicher Basis (dieses Angebot gilt zunächst für ein Jahr, also bis 1.3.2006):

Hier fallen monatlich 125 Euro + gesetzliche MWSt. an. Dieser Betrag wird am Ende eines jeden Monats fällig. Der Betrag wird nur dann fällig, wenn die Beratungsleistungen des EWIV-Informationszentrums bei LIBERTAS auch **tatsächlich in Anspruch genommen** werden. Es sei darauf hingewiesen, dass dieser Service die Beantwortung laufender Fragen beinhaltet, aber keine Übernahme komplexer Aufgaben wie z. B. die Buchhaltung.

Sollte der Zeitaufwand, der genau dokumentiert wird und über den man mit der monatlichen Abrechnung informiert wird, 10 Stunden pro Monat übersteigen, so wird für jede weitere angefangene Stunde ein Honorar von 12,50 Euro + gesetzliche MWSt sowie für jede angefangene halbe Stunde ein Honorar von 6,25 Euro + gesetzliche MwSt. fällig.

Anzeigen im EWIV/EEIG/GEIE eJOURNAL

Wenn Sie eine Anzeige im EWIV/EEIG/GEIE eJOURNAL veröffentlichen möchten, gehen Sie bitte von folgenden Media-Daten aus:

Erscheinungsweise: unregelmäßig

Vertrieb: ausschließlich über E-Mail bzw. zum Herunterladen im Internet (<http://www.libertas-institut.com>)

Auflage: ca. 900 via E-Mail (Herunterladen über Internet kann nicht vorab quantifiziert werden). Bitte erkundigen Sie sich ggfs. schriftlich oder telefonisch nach der aktuellen E-Mail-Auflage.

Empfänger/Leser: ausschließlich Multiplikatoren aus Wirtschaft, Verwaltung, Rechtspflege; EWIV, Geschäftsführer von Unternehmen, Unternehmensberater, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, europäische Institutionen, Euro Info Centres, Universitäten und Fachhochschulen, europäische und nationale Verbände, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern

Kennlichmachung von Anzeigen: Alle Anzeigen im Text werden zwischen Querstriche gesetzt und mit dem Wort „*Advertisement*“ kenntlich gemacht.

Anzeigentarif 2 vom 01.05.01:

1/1-Seite (A 4)	300,00 EUR
1/2-Seite (A 5 quer)	150,00 EUR
1/4-Seite (1/2 A 5 quer)	75,00 EUR

Farbliche Hervorhebung von Fließtext ohne Aufpreis. Eventuelle technische Zusatzkosten werden als Selbstkosten weiterberechnet. Zusatzkosten können jedoch vermieden werden bei Auftragserteilung per E-Mail (so auch Farbmotive möglich).

Rabatte: Malstaffel: 4 x = 10%. Verlage, Verbände, Vereine und EWIV erhalten 10%. Die Rabatte können auch kumuliert werden.

Motiv und Text: bitte per e-mail an: ewiv@libertas-institut.com.